



Hamburger Rotlichtmilieu

Auswärtiges Amt

AFFÄREN

Visa gegen Schmiergeld

Das Auswärtige Amt steht offenbar vor einer neuen Visa-Affäre. Mitarbeiter mehrerer deutscher Botschaften stehen im Verdacht, im Auftrag internationaler Schleuserringe Hunderte erschlichener Visa ausgestellt und Schmiergelder kassiert zu haben. Nach Hinweisen aus dem Auswärtigen Amt ermittelt die Staatsanwaltschaft Berlin in acht Tatkomplexen wegen des Verdachts der bandenmäßigen Schleusung und Bestechlichkeit. Betroffen sind deutsche Vertretungen in Afrika, Südamerika und in Ländern, die vormals Teil der Sowjetunion waren. Die Beschuldigten sind sogenannte Ortskräfte, Mitarbeiter in den Konsularabteilungen aus dem jeweiligen Land. Sie sollen zumindest in den vergangenen zwei Jahren systematisch Visa für die Einreise nach Deutschland

erteilt haben, die auf offensichtlich falschen Angaben basierten. Die Antragsteller zahlten, so die Erkenntnisse der Staatsanwaltschaft, neben den normalen Gebühren an die Konsularmitarbeiter pro Visum mehrere hundert Euro in bar. Für einige der Ausländerinnen, die auf diesem Wege nach Deutschland kamen, endete die Reise in Hamburger Bordellen. Die beschuldigten Mitarbeiter wurden vor Ort von Beamten der Bundespolizei verhört und sind inzwischen entlassen. Die Ermittler haben derzeit keine Hinweise, dass deutsche Botschaftsangehörige in die illegalen Praktiken verwickelt sind, gehen aber davon aus, dass die Auftraggeber für die Schleusungen in Deutschland sitzen. Martin Steltner, Sprecher der Berliner Generalstaatsanwaltschaft, bestätigte den Vorgang, wollte sich aber zu Details wegen der noch andauernden Ermittlungen nicht äußern. 2004 war im Rahmen eines Schleuserprozesses eine ähnliche Praxis aufgefliegen. Im Zentrum stand damals die deutsche Botschaft in Kiew, die mehrere tausend erschlichene Visa erteilt hatte.

FINANZAUSGLEICH

Unionsländern droht Rechtsstreit

Zwischen den Ministerpräsidenten der Union wird der Streit über den Länderfinanzausgleich heftiger. Nachdem die Regierungschefs der zahlungskräftigen Flächenstaaten Bayern, Baden-Württemberg und Hessen verfassungsrechtliche Schritte gegen Hilfsleistungen für ärmere Länder vorbereiten, droht Saarlands Ministerpräsident Peter Müller (CDU) seinerseits nun mit einem Gang nach Karlsruhe. Es sei

„schlicht und einfach falsch“ zu behaupten, dass das Saarland über seine Verhältnisse lebe. „Bei objektiver Betrachtung geben wir keineswegs mehr für Bildung oder Kultur aus als Hessen, Baden-Württemberg oder Bayern“, sagte Müller. „Wenn sich diese drei Länder trotzdem dazu entschließen sollten, gegen den Länderfinanzausgleich zu klagen, dann werden wir unsererseits ein gegenwärtig ruhendes Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht wiederaufnehmen.“ Das Gericht habe bereits Anfang der neunziger Jahre festgestellt, dass sich das Saarland und Bremen in einer unverschuldeten Haushaltsnotlage befänden, betonte

Müller. Bayern, Baden-Württemberg und Hessen beschwerten sich schon lange, dass sie der Finanzausgleich für ärmere Länder über Gebühr belaste.

Die großen Zahler im Länderfinanzausgleich 2009

